Gelsenkirchener GEW will Bildungsnotstand ausrufen lassen

Trotz Ratsresolution von SPD, CDU und Grünen

Gelsenkirchen. Der Stadtverband der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) Gelsenkirchen fordert den Rat der Stadt auf, den Bildungsnotstand auszurufen. Gründe dafür gebe es viele: Nur jede vierte ausgeschriebene Stelle im Grundschulbereich und jede zweite im Sekundarbereich kann besetzt werden. Die hohe Zahl von Kindern, die die ihre Schule verlassen müssen wegen nicht ausreichender Leistungen und das Fehlen von Differenzierungsräumen, in denen Kinder gezielter gefördert werden könnten, zeigten den Bedarf. Die Kommune allein, so die GEW, könne diese Herausforderungen allein nicht stemmen, brauche dringend Hilfe von Bund und Land.

Markus Karl, bildungspolitischer Sprecher der CDU, lehnt das mit Verweis auf die von SPD, CDU und Grünen gemeinsam im Mai im Rat verabschiedete Resolution mit gleicher Zielrichtung sowie Forderungen des CDU-Kreisverbands von 2018 ab. Man müsse vielmehr zusehen, dass die Forderungen der Ratsresolution nach besserer Ausstattung aller Schulen nach dem Vorbild der Talentschulen, orientiert am Sozialindex an den richtigen Stellen lande und Konsequenzen habe.

FDP-Sprecher Christoph Klug lehnt die GEW-Forderung aus anderem Grund ab. Die Ministerin sei bereits dabei, Versäumnisse der Vorgängerregierung zu beheben. *sira*

AM ENDE DER WOCHE *Von Sibylle Raudies*

Lieber nachhaken

Die GEW fordert den Rat auf, den Bildungsnotstand auszurufen. Die Begründung der Gewerkschafter ist durchaus zutreffend. Die Schüler brauchen dringend mehr Räume und mehr Lehrer, allein kann die Stadt das nicht stemmen. Und es ist dringend notwendig, mehr Geld in die Bildung zu stecken, landesweit. Wo es besonders viele Kinder aus benachteiligten Familien gibt, muss auch mehr Geld fließen. Eine Verteilung von Unterstützung, Geld und Personal nach Sozialindex ist der einzige Weg zu verhindern, dass es in Städten wie Gelsenkirchen immer mehr Bildungsverlierer gibt. Gelsenkirchen ist nicht die einzige Stadt in einer prekären Situation, aber eine der am härtesten betroffenen.

Von daher: Die Ziele sind richtig. Aber statt eine zweite Forderung Richtung Düsseldorf nachzulegen wäre es effektiver, nachzuhaken wie in Düsseldorf mit der von den drei großen Parteien getragenen Ratsresolution umgegangen wird. Ob sie auf irgendeinem Schreibtisch verendet, oder ob sie Alarmglocken schrillen ließ, denen Handlungen folgen.

Helfen würden Sofortmaßnahmen wie zentrale Verteilung von Lehrkräften nach Bedarf – wie früher üblich –, gerne gepaart mit finanziellen Anreizen für jene, die freiwillig kommen, sofortige Aufstockung der Studienplätze für Lehrer, mehr Fortbildungen für vorhandene Lehrer zu differenziertem Fördern, bessere Bezahlung von Grundschullehrern, weitere Entlastung der Pädagogen durch multiprofessionelle Teams. Reichen wird die Lehrerzahl auch dann nicht, weil es Zeit braucht, bis der Nachwuchs ausgebildet ist. Aber was sofort machbar ist, sollte auch jetzt geschehen. Damit keine Generation verloren geht. Nicht in Gelsenkirchen, aber auch nicht nebenan.